

# Nebrauer Anzeiger

Ämtliches Blatt des Magistrats, der Polizeiverwaltung und des Amtsgerichts der Stadt Nebra

Erscheint wöchentlich dreimal: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend mit den illustrierten Wochenbeilagen: „Das Leben im Bild“ und „Das Leben im Wort“  
Bezugspreis für einen Monat:  
Bei der Geschäftsstelle und den Postanstalten 1.10 Mk.

Schriftleitung: W. H. Sauer in Köhleben.  
Druck, Verlag und Briefadresse: Sauer'sche Buchdruckerei, Köhleben.  
Geschäftsstelle in Nebra: Frau Kaufmann Weis, Markt 34/35.  
Fernsprecher: Amt Köhleben Nr. 21. — Postfachkonto: Leipzig Nr. 22832

Anzeigen kosten: die 43 mm breite Millimeterzeile 6 Pf., die 90 mm breite Millimeterzeile im Rahmenfeld 20 Pf. Anzeigenannahme an Dienstagen bis 12 Uhr mittags.  
Bankkonten:  
Stadtsparkasse Nebra — Bankverein Artern.

Nr 60

Donnerstag, den 23. Mai 1929

42. Jahrgang

## Das letzte Stadium.

Die Verhandlungen der Gläubiger. — Pfingstferien deutscher Sachverständiger. — Um die Transferrormatorium.

Paris, 21. Mai.

Die Gläubiger haben ihre Verhandlungen über die deutschen Vorbehalte und den Schlichterentscheidungsanspruch am Sonnabend noch fortgesetzt. Während der Frierstage befanden sich Geheimrat Kaßl in Berlin, der Sachverständige Melchior in Hamburg und Dr. Bögl in Dortmund. Sie lehnen aber jetzt unerbittlich wieder zurück, da man annimmt, daß die Gläubiger bereits im Laufe des heutigen Tages die Entschcheidung darüber fällen wollen, ob sie den bisherigen Konferenzergebnissen zustimmen wollen oder nicht.

In der französischen Presse wird über die letzten Gläubiger-Verhandlungen ausgeführt, daß diese hauptsächlich der deutschen Moratoriumsklausel gegolten hätten. Man würde nach einem Weg, wie im Falle eines Deutschland zugewandenen Transferrormatoriums diejenigen Staaten, die auf die ungelösten Teile der deutschen Jahreszahlungen Anspruch hätten, also auch diejenigen, die auf alle Fälle in ausländischen Devisen zahlbar seien, denjenigen Staaten auszuliefern, die auf die gelösten Jahreszahlungen Anspruch hätten und keine Devisen, sondern Mark erhalten würden. Man scheint nun ein System ins Auge gefaßt zu haben, wonach die Staaten, die zum großen Teil ausländische Devisen erhalten, die Verpflichtung einsehen sollen, einen Teil der Devisen der internationalen Bank zuzuführen, damit die anderen Staaten ihre Markbeträge gegen Devisen eintauschen können.

Der „Matin“ vertritt die Meinung eines Sachverständigen, daß man heute abend wissen werde, ob die Konferenz mit einem Bruch oder einer Einigung ende. Wenn die Verhandlung möglich sei, würden die Arbeiten nur etwa zehn Tage in Anspruch nehmen. Als eine weitere Schwierigkeit bezeichnet das Blatt die von Dr. Schacht aufgeworfene Frage der Nachfolgenden Österreich-Ungarns, die etwas mehr als 100 Millionen Mark jährlich schulden sollten, auf die man durch ein Kreditgeschäft einen Discont der letzten Amerika geschuldeten 21 Jahreszahlungen einführen könne. Auf diese Weise würden die deutschen Jahreszahlungen auf höchstens 37 Jahre anfallen.

## Kampf um die Verteilung Dauer und vorläufig.

London, 21. Mai.

In einem Pariser Bericht der „Times“ wird erneut auf die Schwierigkeiten der Verteilungsfrage, die auch in den Pfingstferien Verhandlungen der Sachverständigen nicht beseitigt werden konnten, hingewiesen, wobei von einer Jahreszahlung von 2050 Millionen als einer letzten Zahl ausgegangen wird.

Zu den deutschen Vorbehalten werden alliierte Gegenentwürfe erwartet, die die von Deutschland aufgeworfene Frage der Reparationsleistungen Österreichs und Ungarns zusammen mit den Befreiungszahlungen Polens und der Nachfolgestaaten ablehnen werden, während in den anderen ungelösten Punkten der zeitweiligen Unterbrechung der deutschen Zahlungen wie der Transferrage im Falle militärischer Schwierigkeiten die Verhandlungsgrundlage weniger gespannt ist.

## Die Alliierten sind sich wieder einig.

Paris, 22. Mai.

Die Verhandlungen der alliierten Sachverständigen untereinander sind so weit vorgeritten, daß ein gemeinsamer Gegenentwurf ausgearbeitet werden kann, der den deutschen Vorbehalten entgegengekehrt werden soll. In den Gläubigerkreisen äußert man sich optimistisch und glaubt an das nahe bevorstehende Ende der Konferenz. Wenn sich aber die bisherigen Mitteilungen über die zwischen Gläubigern zustande gekommene Einigung bestätigen sollte, läßt sich der Widerspruch der Konferenz noch nicht absehen.

Die durchschnittliche Ziffer soll nun auf Grund des Youngschen Vorschlages, dem Dr. Schacht festzulegen will, auf 2050 Millionen jährlich bemessen bleiben, doch soll Deutschland von 37. bis 58. Jahre ab weiterzahlen. Gerade dies aber hatte Dr. Schacht abgelehnt und dafür vorgeschlagen, daß die Zahlungen für die letzten 21 Jahre aus den Gewinnen der Reparationsbank und den Befreiungsgeldern der neu geschaffenen Staaten bestritten werden sollten. Die Spannung fällt demnach auch jetzt noch an.

## Die optimistische Pariser Presse.

Die Pariser Presse äußert sich wieder sehr optimistisch und betont, man könne jetzt auch mit der Beizugung der Beratungen über die Verteilung der deutschen Zahlungen rechnen. In dieser Frage hätten sich die Möglichkeiten nicht geändert. Frankreich müßte in der Lage sein, 50 Millionen Kronen zu mobilisieren, Belgien müßte entbündelt werden für 25 Milliarden Kronen deutschen Befreiungsgeldes. Der italienische Prozentfuß müßte möglichst erhöht werden. England müßte genügend erhalten, um die Anteile der Domi-

nen bezahlen zu können. Es werde keine leichte Aufgabe sein, alle diese Wünsche mit der geringen deutschen Jahreszahlung zu erfüllen. Um die Löcher zu stopfen, spreche man viel von den Gewinnen der zukünftigen Zentralbank für internationale Zahlungen. Wie es scheint, sei man dazu gekommen, die Unterliebe zu vermindern. Das Wort werde nun Dr. Schacht haben, der nur seine Entschloßung über die von den Alliierten durchgegangenen und verbesserten (?) Vorbehalte bekanntzugeben brauche.

## Amerika legt die Befreiungsforderungen herab.

Entgegenkommen, um die Pariser Verhandlungen zu beschleunigen.

Washington, 20. Mai.

Der amerikanische Präsident Hoover hat gestern mit verschiedenen Staatssekretären und einigen Parlamentariern eine hochwichtige Konferenz abgehalten, in der mit Rücksicht auf die Pariser Reparationsverhandlungen beschlossen wurde, die amerikanischen Befreiungsforderungen zu senken, doch so, daß die Verminderung nicht mehr als 10 Prozent der gesamten amerikanischen Reparationsforderungen betrage. Der Bericht wird jedoch praktisch dadurch wieder aufgehoben, daß die gesamten amerikanischen Reparationsforderungen an Deutschland um 5 Prozent erhöht und auf einen längeren Zeitraum (statt 37 auf 58 Jahre) verteilt werden. Trotzdem dürfte dieser Beschluß geeignet sein, dem Pariser Streit um den Verteilungsschlüssel ein Ende zu machen.

## Minderheiten-Deuttschrift veröffentlicht.

Dies Grundzüge.

Berlin, 21. Mai.

Die Reichsregierung veröffentlicht nunmehr die Deuttschrift der deutschen Regierung in der Minderheitenfrage.

Die Deuttschrift, ein Manuskript von 28 Schreibmaschinenheften, führt den Titel: „Bemerkungen der deutschen Regierung zur Frage der Garantie des Völkervertrages für die Bestimmungen zum Schutze der Minderheiten.“ Bekanntlich ist die deutsche Auffassung vom deutschen Völkervertrage dem Reichspräsidenten vorgelegt worden. Danach sollte man die bisherige Behandlung des Minderheitenproblems ritierend überprüfen und entscheiden, ob es angebracht ist, in der einen oder anderen Beziehung neue Beschlüsse zu fassen. In diesem Sinne hat der deutsche Vertreter die bisherige Praxis des Völkervertrages und ihre Ergebnisse einer kritischen Betrachtung unterzogen und ist dabei zu folgenden Schlussfolgerungen gelangt: Es sei einmal erforderlich, sorgfältig die Möglichkeiten durchzuprüfen, die für eine Verbesserung des formalen Vorkommens bei der Behandlung von Petitionen der Minderheiten gegeben sind. Dabei müsse insbesondere in Aussicht genommen werden, die bisher bei der Vorprüfung solcher Petitionen geübte Auslassung gewisser Nationen durch ihre Vertretung zu erlegen. Es müsse ferner geprüft werden, in welcher Weise der Völkervertrag seinen Garantien im Hinblick auf die Aufhebung des Gebietes der Petitionen zu genügen hat. Endlich sei es wichtig, eine ausdrückliche Klärung der grundsätzlichen Frage herbeizuführen, wie der Sinn und die Tragweite der Garantiefestsetzungen des Völkervertrages zu verstehen ist.

Diese vier Grundzüge werden in der Deuttschrift der Reichsregierung eingehend begründet und erklärt. Wie die Deuttschrift selbst feststellt, verfolgt die Deuttschrift den Zweck, unter Berücksichtigung der von anderer Seite in der Wärtagung des Völkervertrages abgegebenen Erklärungen diese Grundzüge „zu erläutern und zu ergänzen“.

Der Bericht des Dreierausschusses für die Minderheiten.

Genf, 22. Mai.

Der Bericht des Dreierausschusses des Völkervertrages für die Minderheitenfragen (Chamberlain, Quintos de Leon, Wasth), der auf der Londoner Tagung Anfang Mai ausgearbeitet worden war, ist jetzt sämtlichen 14 Mitgliedern des Völkervertrages in ihrer Eigenschaft als Mitglieder des Sonderausschusses des Rates für die Minderheitenfragen überhandt worden. Der Bericht stellt ein umfangreiches Dokument dar, dem alle 16 Beschlüssen der einzelnen Konferenzen beigefügt sind. Unter diesen befindet sich auch die eben veröffentlichte Deuttschrift der Reichsregierung.

Es ist hierzu festzustellen, daß der Bericht sich die grundsätzliche deutsche Auffassung von dem Minderheitenschutz des Völkervertrages nicht zu eigen gemacht hat, sondern die laßlichen deutschen Vorbehalte, insbesondere den Antrag auf Einziehung eines Studienausschusses zur Prüfung des Gedankens einer künftigen Minderheitenkommission beim Völkerverband, mit einer kurzen Begründung grundsätzlich ablehnt. Der Dreierausschuss hat sich, wie zu erwarten war, eindeutig auf den Standpunkt der minderheitensensiblen Regierungen gestellt.

Die Vorschläge in dem Bericht laufen auf lediglich geringfügige Veränderungen hinaus, ohne daß zu dem bisherigen Völkervertragsstand und schiedlichen Verfahren irgendwelche entscheidenden Veränderungen vorgeschlagen werden. Die Befürchtungen, die bereits auf der Wärtagung des Völkervertrages hinsichtlich der deutschen Zustim-

mung zu der Einziehung des Dreierausschusses bestanden, haben sich als voll begründet erwiesen. Der Dreierausschuss hat, wie es nach seiner Zusammenlegung nicht anders zu erwarten war, mit seinem Bericht zunächst eine Grundlage für die Arbeiten geschaffen, die im Rahmen der Wärtagung zu der deutschen Vertretung liegt.

Die 14 Mitglieder des Völkervertrages treten am 6. Juni in Madrid als Sonderausschuss für die Minderheitenfrage zusammen, um auf der Grundlage des Berichtes des Dreierausschusses und der 16 Deuttschriften der Regierungen Stellung zu nehmen.

## Eine neue Rede Poincarés.

„Wir haben nicht das Recht zu verzeihen.“

Paris, 21. Mai.

Bei der Einweihung des Denkmals für die im Krieg gefallenen Soldaten im Fort Donnont bei Verdun hielt Ministerpräsident Poincaré eine längere Ansprache, in der er auf die Verantwortung für den Weltkrieg und auf die Sachverständigenverhandlungen zu sprechen kam.

Einleitend betonte er, daß die französische Regierung und das französische Volk 1914 erstlich den Frieden gewünscht und alles getan hätten, um ihn zu erhalten. Frankreichs Gegner hätten sich jedoch nicht darauf beschränkt, den Krieg zu erklären, sondern sie hätten auch ein umfangreiches Verbrechen dadurch begangen, daß sie die Belgische Neutralität verletzten. Selbst unter der Annahme, daß entgegen den offensichtlichsten Tatsachen, die kaiserlichen Regierungen von Mitteleuropa nicht freiwillig die Initiative ergriffen hätten, so würden sie nichtsbewussten durch ihren Gewalttrieb gegen Belgien und durch die Belgien und Frankreich zugefügten unübersehbaren Schäden beiden Staaten eine Wiederumkehr zum Frieden herbeiführen.

Eine gerechte Wiedergutmachung würde Frankreich alle diejenigen Summen zusprechen, die zum Wiederaufbau der zerstörten Gebiete und zur Zahlung der Pensionen der Witwen und Militärrufen des Krieges nötig seien. „Bereits seit längerer Zeit“, so fuhr Poincaré weiter fort, „haben wir die Hoffnung auf eine so günstige Regelung aufgeben müssen. Es sind keineswegs die französischen Sachverständigen, die die gegenwärtigen Arbeiten in Paris hinsichtlich der Lösung der Aufgaben ermahnen haben. Sie lehnten es nur ab, den Damesplan gegen einen schlechteren einzutauschen. Zur Stunde weiß ich noch nicht, in welchem Umfange ihre gerechten Forderungen werden erfüllt werden. Die französische Regierung kann sich ihre Auffassung erst am dem Tage bilden, an dem sie einen abschließenden Bericht erhält. Dann wird sie die ihr unterbreiteten Vorschläge prüfen und sich entscheiden. Wir haben nicht das Recht, die Zahl der Toten zu verzeihen, die wir gemeinsam beweihe. Heute wie gestern, und gestern wie heute ist es unsere Taten, unsere Verwundeten und unsere unglückliche Bevölkerung, die die besten Garantien für die Rechte Frankreichs sind.“

## Zwangsaufenthalt für Privatbischöpfung.

Die Initiative in Süslawien.

Belgrad, 21. Mai.

Dem Führer der ehemaligen Unabhängigen Demokratischen Partei, Privatbischöpfung, der trotz der Warnung der Agrarer Polizei nach Belgrad gestellt war, ist von der Polizei in Belgrad mitgeteilt worden, daß er als Inhaftierter die Devisen des Staats bei Kaufverweigerung erhalten habe. Diese Maßnahme wird mit seinem angeblich gegenwärtigen Verhalten begründet.

Privatbischöpfung hat sich bereits mit seiner Tochter und einem seiner Freunde nach Brno begeben. Die Maßnahme der Belgrader Polizei gegen Privatbischöpfung hat in Belgrad großes Aufsehen erregt und auch zu einer Reihe von Gerüchten Anlaß gegeben.

Seitdem der süslawische König das Parlament nach Sarajevo verlegt hat, ist die Macht im Staat in seiner Hand allen verlegt hat, ist eine genaue Zeit verfallen. An der dem Gegenstand zwischen Kroatien und Serbien überbrücken sollte. Die Erklärung rief in Agrar große Begeisterung hervor, weil man hoffte, daß jetzt endlich auch die Kroaten zu ihrem Recht kämen. Aber es scheint dem König nicht gelingen zu sein, die Gegensätze zwischen den beiden Völkern zu versöhnen. Die Verhaftung Privatbischöpfung zeigt vielmehr, daß er zu den gleichen Unterdrückungsmethoden greift, wogegen Raditsch Stimm gelassen hätte und wobei dieser Führer der Kroaten den Lebensfuß im Parlament erleben müßte.

## Estländisch-russischer Handelsvertrag.

Grundlag der Meistbegünstigung.

Reval, 20. Mai.

Der estländisch-russische Handelsvertrag ist durch den estländischen Außenminister Kallik und den russischen Staatsminister Petrowitsch unterzeichnet worden.

Der Vertrag ist auf die Dauer von 3 Jahren abgeschlossen und gliedert sich in 25 Artikel, in denen die Handelsbeziehungen zwischen Estland und Rußland nach dem Grundgedanken der gewöhnlichen Meistbegünstigung ge-

regelt werden. Als eine der für England wichtigsten Bestimmungen kann die Regelung der Transitfrage für ostindische Waren über Asien angesehen werden. England erhält das Recht, seine Zertifikatsrechte durch Gewerkschaften nach China auszuüben. Dem Leiter der Handelsregierung und seinen Gehilfen sind die Rechte der Exterritorialität verliehen worden. Die Unterzeichnung des Vertrages wird von der Presse sehr verurteilt beurteilt.

## Der neue chinesische Bürgerkrieg.

### Kriegsrisiko Auseinandersetzungen zwischen Tschingtaifürst und Fung.

London, 20. Mai.  
Der Kampf um die Vorherrschaft zwischen Tschingtaifürst und Fung hat nach Schanghai Meldungen einen neuen Höhepunkt erreicht, und der Ausbruch von weiteren Feindschaften zwischen den beiden Generälen scheint unvermeidlich.  
Tschingtaifürst hat an Fung ein Telegramm gerichtet, in dem er die Einstellung der militärischen Vorbereitungen verlangt und für den Fall der Ablehnung kriegsrisikoreiche Maßnahmen gegen ihn androht. Die Streitkräfte der beiden Feindlichen Führer werden gegenwärtig an den Grenzen der Provinz Szechuan zusammengezogen. In Schanghai wird erklärt, daß Tschingtaifürst nun den Kampf mit Fung auf die Spitze treiben werde, was auf die unerwartet günstige Lage zurückzuführen ist, die gegenwärtig von den Regierungstruppen im Süden des Yangtse eingenommen wird.

Nach den letzten Berichten hat General Tschingtaifürst die Entscheidung über die Einstellung von 100.000 Mann nach dem nördlichen Zweck entlassen, wo 100.000 Mann Regierungstruppen in der Nähe von Huidschou, dem Zentralpunkt der Tschingtaifürst-Eisenbahn und der Yangtse-Eisenbahn, zusammengezogen. Offenbar sind Vorbereitungen für einen Vormarsch nach dem Norden getroffen. General Fung hat in der Zwischenzeit seine Front beträchtlich verstärkt und sein Hauptquartier nach Loang verlegt.

## Bor dem Sturm in Indien.

Angewandte Sicherheitsmaßnahmen der Engländer.  
London, 21. Mai.  
Die „Daily Mail“ berichtet in sensationeller Fassung aus Kalkutta, daß die indische Regierung sich gegenwärtig einer sehr ersten Entscheidung gegenübersteht, deren Natur im Augenblick nicht erläutert werden könne. Für die Beendigung des Bistwischen Jern sein unzuförderliche Vorbereitungen getroffen. Die Gerichte, wonach unter den Truppen geheime Bewegungen zu verzeichnen seien, hielten an.  
In Bombay ist im Hinblick auf die noch immer angespannte Streiflage die Anweisung der Behörden, durch die öffentliche Ansammlungen von mehr als fünf Personen in Bombay verboten sind, auf weitere vierzehn Tage verlängert worden.

## Aus dem In- und Auslande.

Einberufung des Sächsischen Landtags zum 6. Juni.  
Dresden, 22. Mai. Die Nachrichtenstelle der Staatskanzlei teilt mit: Mit Rücksicht auf die Dringlichkeit der besonders für den Staatshaushaltplan 1929 vom neuwahlgewählten Landtag zu erledigenden Arbeiten hat der Sächsischen Landtag am 22. Mai den Landtag schon für den 6. Juni nachmittags um 1 Uhr beschlossen.

## Preußen-Konkordat noch im Herbst.

Chefbesprechung der preussischen Minister.  
Berlin, 18. Mai.  
Nach einer Kabinetsbesprechung der preussischen Regierung fand gestern nachmittag eine Chefbesprechung statt an der sämtliche preussische Minister teilnahmen. Es handelte sich hier um das Konkordat, über das schon seit Jahren zwischen der Staatsregierung und dem Vatikan Verhandlungen gepflogen werden. Beschlüsse wurden noch nicht gefaßt, doch zeigte sich dem Vernehmen nach bereits die Zustimmung des Kabinetts zu dem geplanten Bestimmungen.  
Die jüngste Fassung des Entwurfs enthält u. a. auch die Bestimmungen über die Einrichtung neuer Bischöfe in der Provinz Posen, ferner über das Verbot des Abtritte zwischen dem päpstlichen Nuntius in Berlin, Venedig, und der Staatsregierung wird noch fortgesetzt. Man rechnet jedoch damit, daß der Vertragsabschluss im Sommer und die Vorlage des Gegenentwurfes im Parlament im Herbst erfolgen wird.

Wahltag in Moskau.  
Moskau, 20. Mai. Wie aus Moskau gemeldet wird, hat das Volk für die kommunistischen Partei beschlossen, den Vorstehenden des Rates der Volkskommissare der Sowjetrussischen Republik, Alexander Njow, von seiner Stellung zu erheben. Zum Nachfolger Njows dürfte Sitow ernannt werden. Sitow ist ein Anhänger der Stalinpolitik und spielte im Bürgerkrieg bei der Befreiung der weißrussischen Bewegung eine große Rolle.  
Gales zieht sich ins Privatleben zurück.  
London, 20. Mai. Der ehemals preussische Präsident Gales hat seine Präsidentschaft mehr gemacht und das während des Aufstandes von ihm permutierte Kriegsministerium an den Präsidenten zurückgegeben. Er wird auf seine letzten persönlichen Landtüren zurückziehen und sich dort der Landwirtschaft widmen, um dann erst später seinen angefangenen Besuch in Europa zu beginnen.

Der Wahlkampf in Eupen-Malmédy.  
Eupen, 22. Mai. Am 20. Mai wird die Entscheidung über 187 Kommune- und 30 Kantonsrats in Belgien gefällt. Möglicherweise ist die Bevölkerung von Eupen-Malmédy, einen eigenen bodenständigen Vertreter in die Kammer zu entsenden. Die Begeisterung in den Kreisen und vor allem in der „Christlichen Volkspartei“, der Heimatpartei, ist groß. Die Kundgebungen für eine neue Volksabstimmung treten hier in den Vordergrund.

## Kleine politische Meldungen.

Beginn des Koss-Prozesses am 10. Juni. Der Prozess gegen den in Kalmar in Untersuchungshaft sitzenden estländischen Autonomisten Dr. Koss wird nunmehr ebenfalls am 10. Juni vor dem Schwurgericht beginnen. Die Dauer wird auf mehrere Tage berechnen.  
Ein russischer Journalist ausgewiesen. Der Berliner Foliojournalist hat gegen den Berliner Berichterstatter der „Moskauer Rundschau“ einen Ausweisungsbefehl erlassen, weil er sich während der Zeit in Berlin durch eine tendenziöse Berichtserstattung hervorragen hat.

## Aus der Umgegend.

Neudorf, 23. Mai.

Die Pfingsttage haben für Gude erreicht, es ist zu überlegen, ob der Verlauf des Festes alle Hoffnungen und Wünsche, die wohl jeder Volksgenosse für die Festtage gehabt hatte, in Erfüllung gegangen sind. Die Hoffnungen sind ja doch sehr beschriebener Art: der eine will Geld verdienen, der andere Geld ausgeben, dafür aber Freude und Genüsse einzufließen. Im hohen Maße zu befriedigen, muß ein Dritter kommen und gutes Wetter bringen. heiteren Sonnenschein, der Herz und Gemüt erheitert. Dieser Dritte nun hat wohl diesmal keine Gnade nicht ganz zur Zufriedenheit der anderen zwei Partner gemacht, denn am Abend bedachte er uns bis zum frühen Morgen mit heftigem Regen und am ersten Festtag mit einer Temperatur, wie wir sie sehr oft am Weihnachtsfest haben, daß sich die Glieder sogar veranlaßt sah, die Züge zu heizen. An ein ähnliches Vorwommnis können sich die Sprichwörter, „ältesten Tage“ nicht erinnern. Es ist dies kein Pfingstschnee, sondern Laifade. Mit welcher Wärme legte man sich in das behaglich durchwärmte Bett, nur das Aussteigen gefiel den Reisenden garnicht. Daß auch die Gaskette die Gemütsheiligkeit in ihren Zofalen zu erhöhen und die Gäste schloßhaft zu stimmen befreit waren durch Beheizung der Gaskette, das war nur selbstverständlich. Die für Gartenlokalen angelegten Veranlassungen konnten natürlich nicht stattfinden, sie mußten so gut es ging in geschützte Räume verlegt werden. Ein großer Teil des Publikums nahm dieses weihnachtliche Pfingstfest mit Gutmute und wohlwollend mit dem besten Willen vorzugehen. Der Regen wurde durch die Gutmute, deren Weg zum Ziele gehen haben, man traf mehr Stoffe und sogar Grog oder Sognat. Der vertriebene Alkohol bewährte sich also wieder einmal als Wohlthäter. — Der zweite Festtag fand unter einem besseren Stern. Schon früh drückte die Sonne den über dem Tal liegenden Neudorf herunter und nicht lange dauerte es, da erfrühte uns schöner Sonnenschein, eine Auflockerung für den kalten ersten Festtag versprechend. Und das traf ein. Die Sommerlokale füllten sich am Nachmittag überall mit Gästen an, die Pfingsttanzveranstaltungen im Freien erfreuten sich regen Zuspruchs, jeder freute sich und trant wohl auch einen Schoppen mehr als er sich vorgenommen. So hat also das Bier ebenso wie das Geld den Weg zu seiner Bestimmung gefunden, alle sind befriedigt, und wer noch Geld und Zeit hatte, der fand am dritten Festtag, der noch sonniger war, Gelegenheit, das Fest schön zu beschließen. Heute, wo das Fest hinter uns liegt, betrachten wir alles mit anderen Augen, wir lernen erkennen, daß der Regen kein Gutes hatte, denn unsere Gutmute, die Freude brachte, — er kam für sie wie gewöhnlich. An einer guten Ernte wird wir alle sogar sehr interessiert, darum wollen wir das bisherige Ergebnis nicht weiter bedenken.

— In der Wasserstraße, die Luftkur, war während der Pfingsttage durch außerordentlichen Verkehr bedingt. Trotz der kühlen Temperatur wurden am 1. Festtag etwa 25 leichte Boote an der Brücke ins Wasser gebracht und von ihrer Befahrung begleitet. In bester Stimmung begannen diese aus Halle und Leipzig gekommenen Sportler ihre Pfingsttore von hier aus fußabwärts. Wohl eine noch größere Anzahl Boote wurde in Nossleben zu Wasser gebracht.

— Der Auto- und Kraftverkehr war während der Festtage ein ganz außerordentlich reger; auf den Hauptstraßen konnte immer ein Gefährt hinter dem anderen her und der Luftdruck, daß die Straßen von dem Regen noch naß waren, war geradezu als Wohlthat anzusehen, denn sonst würden weite Strecken von blauen Staubwolken eingehüllt gewesen sein. Verkehrsunfälle sind aus unserer näheren Umgebung glücklicherweise nicht zu melden, jedoch das Fest feiernde fühlenden Pfingstfest.

— Der Pfingstverkehr kann trotz der kühlen Temperatur aus meinem Städtchen berichtet werden. Am 1. Festtag hatten unsere Dotsel alle Betten besetzt, ja sie mußten sogar Privatquartiere zur Unterbringung der Fremden in Anspruch nehmen. Die meisten der Gäste waren Wasserportler aus Halle und Leipzig, die im Laufe des Nachmittags hier eintrafen und am zweiten Festtag früh von hier aus mit ihren Booten zu starten beabsichtigten. Es zeigt dieser Zugang des Fremdenverkehrs, daß der Wasserport in erfreulichem Aufschwung ist und daß schließlich die Lage Neudorf an einem schiffbaren Fluß, nicht weit von zwei Großstädten, für die sog. Fremdenindustrie günstig ist, zumal jetzt auch unsere Gaskette in ihrem Wetter ihre jedwede Bequemlichkeit den Gästen zu bieten in der Lage ist.

— Zur Stadtverordnetenwahl. Unserer Bürgerchaft steht für nächsten Sonntag die Aufgabe bevor, sich ein neues Stadtparlament zu erwählen. Erfreulicherweise hat sich auch in unserer Gegend das Amt der Wähler bewährt, der ständige Gifer und Haß ist auf allen Seiten immer ruhiger abgeklungen, wenn man hat einsehen gelernt, daß in einer Stadtverordnetenwahl doch schließlich noch wirtschaftlichen und nicht nach rein politischen Abwägungen gearbeitet werden muß, soll das Wirtschaftliche vorwärts kommen. Das Wohl der Stadt, der Gesamtheit der Einwohner beruht auf der friedlichen Zusammenarbeit aller Klassen — das ist unendlich das meiste zum Bewußtsein gekommen. Daß aber auch das Amt eines Stadtverordneten kein besonders begehrtwertes ist, erweist man daraus, daß sich niemand mehr danach drängt, ja daß es beinahe schwer fällt, geeignete Vertreter zur Annahme eines solchen Amtes zu bestimmen. Wie aus der Wahlbekanntmachung des Magistrats hervorgeht, sind für diese Wahl vier Listen angeordnet. Daß gerade diesmal die Bürgerchaft mit einer Einheitsliste auf den Plan tritt, ist ein erfreuliches Zeichen ihrer Einsicht, daß sie jeden politischen Nebenweg ausschalten will. Zweifellos weisen auch die anderen Wähler Männer aus, die sich im Kommunalwesen bewährt haben und Erfahrung besitzen; sie werden gewiß auch wieder zum Wohl der Stadt beitragen. Wichtig ist die Wahl für unser Stadtparlament eine Mehrheit haben, die getragen ist von dem Gedanken: „nur für das Wohl der Stadt“, die auch eigene Interessen für sich weilt und vor allem, die es vermag, einen festen Kontakt zwischen allen Schichten der Einwohnerchaft zu schaffen — denn das ist bitter not.

— Straßensperren. Die Straße Wißig—Loffa wird wegen Aufreiß- und Pflasterarbeiten in der Feldmark Wißig von km 0,3 bis km 0,46 vom 21. Mai bis 1. Juni d. J. für allen Verkehr gesperrt. Der Durchgangsverkehr für Kraftwagen und schweren Fuhrwerksverkehr wird von Wißig über Allersfeld, Menzleben, Neudorf, Wegendorf, Remningen, Tröbsdorf, Bad Wilsa, Sandau, Wilsdorf nach Neudorf; für leichte Fuhrwerke über Allersfeld, Wilsdorf, Neudorf und Jümlagefeld verfahren. Die Spernung wird durch Warnungsschilder, Sperrbäume, Sperrtafeln usw. ausgeführt.

Die Straße Neudorf—Oberleben wird wegen Aufreiß- und Pflasterarbeiten in der Feldmark Neudorf von km 1,8 bis km 2,5 vom 21. Mai bis 28. Mai d. J. für allen Verkehr gesperrt. Der

Durchgangsverkehr wird von Neudorf über Dittmannsdorf, Postleben, Kölsche, Großneuhaus nach Oberleben und umgekehrt, der örtliche Verkehr auf die anliegenden Ortschaften und Feldwege verfahren.

— Wegen Ausbesserung von Wasserleitungen auf der Provinzialstraße von Jümlagefeld nach Oberleichen wird die Straße von km 8,9 und km 9,5 durch die genannte Straßensperre für die Zeit vom 21. bis 28. Mai 1929 für allen Verkehr gesperrt. Der Verkehr wird während der Sperrezeit auf die Straßenverbindungen von Jümlagefeld über Schnellroda, St. Ulrich, Döhlitz nach Oberleichen verfahren. Die Spernung wird durch durch Warnungsschilder, Sperrbäume, Sperrtafeln usw. ausgeführt.

— Wegen Ausbesserung von Dampf- und Wasserleitungen auf der Provinzialstraße Neudorf—Loffa von km 6,6 bis km 8,1, das ist zwischen Freyburg a. L. und Walsdorf, wird diese Straße für jeden Verkehr und die Straße von km 6,1 bis km 13,8, das ist von Freyburg bis Loffa, für den Durchgangsverkehr für die Zeit vom 25. Mai bis zum 12. Juni d. J. an den Tagen, an welchen die Spernung und die Behebung der Gasleitungsleitung durch Warnungsschilder, Sperrbäume, Sperrtafeln und Warnungsschilder gesperrt. Der Durchgangsverkehr wird auf die Straßenverbindungen von Freyburg a. L. über Gleina nach Loffa verfahren.

— Konkursbeendigung. In dem Konkurs über das Vermögen des Kaufmanns Paul Zfode in Nossleben soll die Schlussverteilung erfolgen. Dazu sind 8.930,45 RM. verfügbar, wovon noch 686,81 RM. an bevorrechtigte Gläubiger zu zahlen sind. Der Rest von 7.709,64 RM. kommt zur Verteilung auf 26.163,21 RM. nicht bevorrechtigte Forderungen. Das Schlussverzeichnis liegt auf der Geschäftsstelle des Amtsgerichts Querfurt zur Einsicht aus.

— Die Malakoplage ist für dies Jahr wohl ein überaus milder Winter, denn jene bräunen Stellen, die sich je nach dem frischen Stand der Bäume bilden, finden an der niedrigen Temperatur keinen Halt, sie bleiben in ihrem wärmeren Zustand. Das kann sehr schön sein, denn der Schaden, den die Malakoplage den Landwirten und Gartenbesitzern oft anrichtet, ist ganz erheblich. Nach dem die noch wenigen Maitage sonnig-warm sich gestalten sollten, ist ein Waffentreiben der Wäfer nicht mehr zu befürchten, sie sind abgetan und wer nun einmal gern mit Malakoplage spielt, der mag sich solche aus Schokolade verschaffen und sich damit beschäftigen.

— Eine billige Nordfahrt von Leipzig (Halle S.) nach Hamburg—Belgrad veranstaltet die Reichsbahn vom 25. bis 28. Juni. Der Fahrpreis folgt ab Halle bis Hamburg 17,30 M., ein Einschleibet zur Fahrt nach Belgrad, für 3 Liebermanns einseifig, Frühstück, 2 Mittagessen, Nachtloft durch Hamburg mit Omnibus und Hafenumschlag mit Dampfbot, einschleifliche Belegung eines Liebenbampfers und des Güternetzes 33,80 M.

— Sängerkreis auf der Sachsenburg. Am Sonntag, 26. Mai, findet hier das alljährliche Sängertreffen des Sachsenburger Sängerbundes statt. Außer allen dem Bund angehörenden Vereinen haben auch mehrere Solovereine ihre Beteiligung zugesagt, jedoch bei gutem Wetter unter die historische Sachsenburg auf eine große Sängerkreis herabgelassen wird. Fremde des eilen Gefanges werden somit an diesem Tage einen schönen Genuss von einer Partie dort haben.

— Ein Feuertag in Kassel findet am 27. bis 29. Juni d. J. verbunden mit sportlichen Vorführungen der Traditionskabarett, statt. Alle ehemaligen Angehörigen der Abteilung, ihrer Erbschaft und Geldleistungen werden zu dieser Feiertagsfeier eingeladen. Unvergleichliche Anmeldebildungen Anfragen sowie Mitteilungen an Protokoll Kassel, Kassel, Amalienstraße 4, erbeten.

— Hoffnungen für Fremde in den Kurorten und Sommerfrischen erleben oft Veräppelungen, weil die genaue Wohnungsangabe in der Aufschrift fehlt und die Polizeibehörde wegen nicht zeitweiliger Anmeldung keine Auskunft geben kann. Es liegt daher im Interesse der Fremden selbst, daß sie sofort nach der Ankunft ihre Wohnung der Polizei mitteilen. Zur weiteren Erleichterung und Befriedigung des Polizeibehörders empfiehlt es sich, seine gleiche Mitteilung allen Personen, mit denen Verhältnisse unterhalten werden, und außerdem der Behörde am Heimatort mitzugeben zu lassen, damit bei dieser die Wohnung auf den nachzukommenden Postläden bemerkt werden kann. Zu Nachsendungsanträgen sind möglichst die amtlichen Vorordnungen zu benutzen, die an den Schaltern und von den Zustellern zur Abgabe bereits gehalten werden.

— Anrührerbekämpfung. Zur Bekämpfung der Wüsterblume, des Frühlingskranzstrants und anderer Unkräuter wird im amtlichen Verordnungsblatt für den Kreis Querfurt angeordnet. Es heißt in dieser Bekanntmachung: „Unter Zugrundelegung von § 31 der Polizeiverordnung des Herrn Regierungspräsidenten in Merseburg vom 26. Mai 1928 werden die Weiser, Pflücker, Ausreißer und Verwalter von Feld- und Gartengrundstücken angeordnet, auf das Vorkommen der Seidenpflanze (Kleeblume), der Wüsterblume, des Frühlingskranzstrants, des Wüsterkranzstrants und des wilden Wils zu achten und für Vertilgung dieser kulturfeindlichen Unkräuter Sorge zu tragen, insofern sie sie in abblühenden oder reifen Zustände nicht vorgefunden werden. Zuweilenbindungen werden mit Geldstrafe bis zu 150 M. oder mit Haft bestraft. Außerdem kann die Vertilgung der Unkräuter auf Kosten der Schützen von Amtswegen bewirkt werden.“

— Für Radiobesitzer. Der Rundfunkempfang wird vielfach durch den Betrieb von Hochfrequenzgeräten — sogenannten Verstrahlungsapparaten — empfindlich gestört. Zur Beseitigung dieser Störungen hat das Reichspostzentralamt (Zentralposttechnisches Reichsamt) im Vernehmen mit Postämtern und Sachverständigen eine Schutzanordnung erlassen, die bei nachträglicher Anbringung an den Hochfrequenzgeräten die Störungen fast vollständig beseitigt; ein Wirkungserfolg des Strahlungsvermögens der Halbleiter tritt dadurch nicht ein. Einige Firmen bringen bereits höfungsreife Hochfrequenzgeräte auf den Markt; nach Auskunft dieser Firmen und auf Grund bei dem Reichspostzentralamt (Zentralposttechnisches Reichsamt) vorgenommener Versuche stehen diese Geräte in keiner Weise in ihrer Strahlwirkung hinter den Geräten ohne eingebauten Strahlenschutz zurück. In Halle über die Art der Schutzanordnung erteilen die Postämter, in Halle (Saale) das Telegraphenamt.

— Landwirtschaftliche Unfallversicherung auf der DVG-Ausstellung Witten vom 4. — 9. Juni 1929. Nach 246.000 landwirtschaftliche Unfälle wurden 1928 gemeldet, von denen 78.981 entschädigungspflichtig wurden. Mehr als 390.000 Verletzte und Hinterbliebene besaßen Unfallrenten, wofür die berufliche Landwirtschaft 1928 mit 75.600.000 M. aufbringen mußte. Dazu kommen noch große Verlustbeträge für die

infolge der eingetretenen Betriebsstörungen sowie die nötig werdende Einstellung von Ersatzkräften und sonstiges mehr. Nur durch Verbesserung der Unfallverhütung können diese außerordentlich hohen Zahlen eine Minderung erfahren. Unfallverhütung bringt Schutz für Leben und Gesundheit, Minderung der drückenden Leuten, störungsreicher Betrieb und Senkung der Soziallasten! Darum versankelst der Verband den deutschen landwirtschaftlichen Berufsangehörigen gelegentlich der 35. Wanderversammlung der Deutschen Landwirtschafts-Gesellschaft zu München vom 4. bis 9. Juni 1929 in Halle 67 auf Stand 346 eine Sonderkarte, auf der dem neuesten Stand der Unfallverhütungstechnik entsprechend geführte Bauten, Maschinen und Geräte teils im Einzelnen — gesondert ebenfalls in Gruppen für die erste Hilfe bei Unfällen — gesondert ebenfalls Veranschaulichung aller landwirtschaftlichen und Betriebsangehörigen sowie den Betrieb und den mit der Landwirtschaft in Verbindung stehenden Industriellen und Gewerbetreibenden sehr zu empfehlen.

— Neue falsche Reichsbanknoten zu 10 RM. Nach einer lobenden an die Reichsbank im Reichsanwalt im genannten amtlichen Mitteilung ist schon wieder eine weitere zweite Art von Fälschung bei den Reichsbanknoten zu 10 RM. vom 11. Oktober 1924 entdeckt worden. Die Merkmale der einen Fälschung sind die folgenden: weißes Papier, auf dem Linien sofort durchsichtig, die Fingerringen fehlen oder sie sind vorzeitig abgegriffen, das Wasserzeichen ist häufig und schwachfärbig nachgedruckt. Die gemunterte Bildprägung ist ähnlich, ebenso ähnlich ist im ganzen die Vorder- und Rückseite. Am Strahlinnen auf der Rückseite sind die Zehen ungleich groß. Die Merkmale der zweiten Fälschung sind hauptsächlich: schmutziges, weißes Papier, Fälscher und Wasserzeichen sind vorgezeichnet und zumeist am Rande der Bildprägung mit dem Worte „Reichsbank“ an Stelle von „Reichsbank“ lesbar. Das vordere, männliche Bildnis ist mangelhaft, die Schrift ist ungleich und fehlerhaft. Auf der Rückseite sind die Zahlen neben der ersten Zehne ähnlich, jedoch sind die Zahlen und Schrift groß und geriffelt. Das Typenbild der Konturformen ist ungenau.

Die Freigabe von Schnellzügen auf Sonntagsfahrplänen, die am 15. Mai 1929 an neu geregelt ist, kann ungewißheit als eine sehr weitgehende Verbesserung des Wochenausverkehrs angesehen werden. Wie schon früher gemeldet worden ist, sind mit dem Inkrafttreten des neuen Fahrplans verkehrsweise sämtliche die 3. Wagenklasse führenden Schnellzüge auf Sonntagsfahrplänen mit Schnellzugtarif freigegeben, jedoch ist mindestens der Schnellzugtarif für die Zone 2, die sich auf Entfernungen bis zu 150 Kilometer erstreckt, zu entrichten. Dadurch wird der Reisende für auf große Entfernungen besonders erleichtert, in dessen Fall, was ausdrücklich bemerkt werden soll, die Schnellzüge auch auf längere Entfernungen verfügbar, nur auch in jedem Fall zu der Sonntagsfahrpläne der Mindesttarif von 2 Mark entrichtet werden. Der Zweck dieser Maßnahme ist die Beförderung der Schnellzüge durch einen allzu starken Verkehr auf nahe Entfernungen und damit eine Befähigung der Fernreisenden zu vermeiden. An den großen Haupt- und Nebenbahnen mit Schnellzügen, die die Schnellzüge im allgemeinen Reichsbahngebiet, alle zumeist für Sonntagsfahrpläne gelehrt. Dagegen sind sämtliche Schnellzüge auf Sonntagsfahrplänen gegen Zahlung des einfachen Zugtarifs für die verschiedenen Zonen bewilligt. Der einfache Zugtarif beträgt bis 100 Kilometer 0,90, von 101 bis 75 Kilometer 0,70 bis 150 Kilometer 1,00, von 151 bis 225 Kilometer 1,50 Reichsbank in der dritten Wagenklasse. In der zweiten Wagenklasse belaufen sich die Zugtarife jeweils auf das Doppelte. Die beschleunigt geführten Fernzüge sind, ebenso wie bisher, auch künftig sämtlich mit Sonntagsfahrplänen bewilligt.

— Verhaftungsmannschaft wegen Schulauflage. Da es bei Schulauflage mehrmals vorgekommen ist, daß Schüler durch Selbstverwundungen infolge Mißhandlung der allgemeinen Sicherheitsvorschriften schweren Schaden erlitten, ordnete das Unterrichtsministerium an, daß vor jedem Ausflug, bei dem die Eltern oder sonstige öffentliche Verkehrsmittel benutzt werden, die Schüler eingehend auf die damit verbundenen Gefahren hingewiesen und zur gewissen Einhaltung der bestehenden Vorschriften ermahnt werden.

— Helldrungen. Am 1. Pfingstfesttage gegen 4 Uhr nachmittags ereignete sich am Bahnhof ein Motorradunfall. Schneideweser Wohnort war mit seiner Frau auf einem Spaziergang in der Nähe des Gasthauses Wendeln, als der Motorradfahrer Ordnung aus Überforderung nach dem Gasthof einladen wollte. Hierbei erfasste er mit seinem Rad die Frau Wohnort, die zu Fall kam und an beiden Beinen schwer verletzt wurde, jedoch man sie nach Hause fahren mußte.

— Halle a. d. S. Kampf der Generationen. In einer am Vortage pfingstlichen Familie hatte sich zwischen den Eltern und ihren Söhnen ein Streit entsponnen, der bald in tödliche Auseinandersetzungen ausartete. Das alarmierte Ueberfallkommando brachte nicht mehr einzufahren, da sich die erregten Gemüter bald wieder beruhigt hatten.

— Halle a. d. S. Polizei fängt „Lottes Geschäfte“. Auf dem Hauptbahnhof verhaftete die Polizei einen älteren Mann, der den Gästen in den Wartehallen Zigaretten zu 10 Pfennig pro Stück anbot und strotzen ließ hatte. Es stellte sich heraus, daß der Verkäufer von einem vor dem Güterbahnhof haltenden Kollwagen eine Rulle mit 600 Zigaretten gestohlen hatte, die er nunmehr loszumachen mußte.

— Halle a. d. S. Willige Autofahrt. In dem Lastkraftwagen eines Altmittelhändlers hatten sich zwei Jungen vertriebt, um einmal eine Weile „im Auto“ mitzumachen. Unvorsichtig fuhr der Besitzer des Wagens die beiden nach Eisen. Dort angekommen, machten sie sich bemerkbar. Die Polizei brachte die Jungen nach Halle zurück.

— Leipzig. Eine Reizung. Ein Reizungsspiel aufgefunden wurde in der Leipziger Straße, nahe der Dölliger Straße, ein neben seinem Rad liegender Motorradfahrer. Nach den bei ihm vorgefundenen Papieren ist der Besagte der Regierungsbauarbeiter J. Selmann, Sohn des Wärters Selmann in Marktstraße. Wie sich der Unfall ereignete, ist noch nicht festgestellt worden, da der Verunglückte noch nicht vernunftfähig war.

— Leipzig. Mutige Liebestragödie. Kurz vor 2 Uhr mittags wurde die Morbidkommission nach der Zwergerstraße gerufen. Dort hatte in einem kleinen Lokal der 31 Jahre alte ledige Schneider F. M. Wilsch die 25jährige Julie Arnold, die Schwester des Anstalts, erschossen und dann sich selbst einen Schuß in die Halsgegend. Es handelt sich um eine Liebestragödie.

— Leipzig. Schüler überfahren. In der Philipp-Rohlfen-Straße wurde ein Schulmädchen von einem Radfahrer angefahren und zu Boden geschleudert. Das Mädchen erlitt Gehirnerschütterungen und einen Unterschenkelbruch und wurde ins Krankenhaus gebracht.

— Mühlhausen. Von der Kuh zu Tode geschleift. Ein seltsamer Unglücksfall, dem ein in den fünfziger Jahren stehender Landwirt vom Opfer fiel, ereignete sich im benachbarten Vengelsheim unten Klein. Als sich der Landwirt mit einer Kuh unterwegs befand, führte das Tier plötzlich davon, dem Mann, der es vorgewöhnt zu halten liebte, mit sich zehend. Hierbei hat er sich schwere innere Verletzungen zugezogen, die nach zwei Tagen seinen Tod herbeiführten.

— Mühlhausen. Tumulal im Gericht. Als das Amtsgericht in Sachen des vielfach vorkommenden „Rebellen“ Josef H. in der Sache des Weidlers im Hof verhängenden Rückfall in zwei Fällen ebenfalls (Zahre Zuschuss) verurteilt hatte, griff der Bezirksrat über die Barriere und warf einen Stuhl nach dem Kriminalbeamten Geib, ohne ihn jedoch zu treffen. Dann sprang Hines über die Anklagebank an das Fenster, um sich hinauszuwerfen. Da aber nur die Scheiben zertrümmert, das Fensterzeug jedoch nicht nachgab, wurde der rabiate Vertreter wieder festgenommen.

— Eisenach. Rette Fräulein. Der jugendliche Täter, der im April d. J. einer Dame die Handtasche entziffen hat, wurde unterhalb des Burghausensbühnenplatzes gefasst. Auch jetzt wieder war es eine Dame, die sich in Begleitung ihrer Schwester befand, von der Vorräte aus gefasst. Als er sich fühlte, entritt er plötzlich der Dame die Sandfläche, die diese auf dem Rücken hielt, und ergriß die Tasche. Bei der sofort aufgenommenen Verfolgung warf der Täter die Tasche, die 150 Mark enthielt, von sich. Er kam jedoch eingeholt und festgenommen werden. Es handelt sich um den fünfjährigen Arbeiter Willi E. von hier. Er hat bereits eingestanden, den Ueberfall im April verübt zu haben, wobei zwei weitere 16 und 17 Jahre alte Burshen als Mittäter in Frage kommen. Die niederliegenden Büchchen wurden dem Gerichtsgangnis zugestellt.

— Schwarzbach. Der Brief eines Knechtigen. Dieser Tage ging der Gemeindegemeinde Schwarzbach, folgender Brief zu: „Vor einigen Jahren wurde durch mich der Gemeinde etwas entwendet. Was mir damals ganz unbedeutend war, wurde jetzt durch den Geist Gottes so beleuchtet, daß ich es als Sünde ansehe und beabsichtige 5 Mark als Entschädigung überzulegen.“

— Duderode. Schwere Verletzung. Bei der Rückfahrt von ihrer Arbeitsstätte führen die beiden Schlofer Oswald Herber und Walter Gähler aus Wilsch bei Cramwinkel mit ihrem Motorrad ein Lokauto. Der Anprall war so hart, daß Gähler tödliche Verletzungen erlitt, während Herber mit einem Schädelbruch abtransportiert werden mußte.

— St. Bernhards. Friedensfeier durch Blüher. Am 10. Mai 1871 pflanzte die Gemeinde aus Anlaß der Friedensunterzeichnung im deutsch-französischen Kriege eine Friedensseide. Dieser Tage verpflanzte nun ein Blüher ihren Stamm. In der stattliche Baum nunmehr aus Gründen der öffentlichen Sicherheit nicht angelegt werden dürfte. Die Gemeinde plant, an derselben Stelle ein Ehrenmal für die Teilnehmer am Weltkrieg zu errichten.

— Meinungen. Ein mysteriöser Fall trug sich vor einigen Wochen im Dorfe Gerrenbergsdorf zu. Dort spielte im Dorfcafé der Gemeindegemeinschaft Karl Reichig mit mehreren anderen Jüngern, während der Gemeindevorstand Scharenberg hinter dem Stuhl des Reichig gestanden und gefestigt haben soll. Als sich Reichig einmal zur Seite entfernte und kam wieder zu seinem Weib geflüchtet, so das Glas sofort wieder ab und rief: „Da hat mir jemand etwas ins Weib gegeben.“ Er schloß sich sofort ab und wollte das Glas aus der Hand, brach aber im Saufkur zu sammen und farb. Da Scharenberg und Reichig seit längerem Differenzen hatten, wurde sofort Verdacht gegen Scharenberg gelehrt. Die Staatsanwaltschaft Meinungen ordnete sofort seine Verhaftung an. Inmache liegt der gerichtsarztliche Befund vor, der ergab, daß sich starke Spuren von Zyanall im Körper des Verstorbenen fanden. Da aber in des Gemeindevorstandes Scharenberg Wohnung Zyanall gefunden wurde, ist mit der Anklageerhebung wegen Giftmordes zu rechnen.

## Aus Nah und Fern.

— Reizen a. d. E. Messerfehde zwischen Zigeunern und Steinhegern. Zu einer heftigen Schlägerei zwischen Zigeunern und Steinhegern kam es in der Nacht vor dem hiesigen Schützenhaus. Zigeuner waren von einem Steinheber bei einem Diebstahl ertrapt worden, der sich dadurch die Rache der Zigeuner zugezogen hatte. Er wurde vor dem Schützenhaus angegriffen. In kurzer Zeit war eine Schlägerei zwischen Zigeunern und den Freunden des Angegriffenen im Gange, in der die Messer die Hauptwaffe waren. Ein Zigeuner wurde durch sieben Messerstiche schwer verletzt, ein Steinheber erhielt drei Messerstiche. Auch eine Frau wurde verletzt. Der Haupttäter, der Zigeuner Rosenbach, entzog sich, nachdem er vier Revolverkugeln abgeben hatte, der Verhaftung durch die Polizei.

— Magdeburg. Auf der D. Zugs Lokomotive während der Fahrt. Einmal wurde auf der Lokomotive des D-Zuges 31, Magdeburg-Berlin, ist auf der Heizerseite ein Dampfrohr, das zur Dampfstrahlpumpe führt, geplatzt. Heizer Willi Müller aus Magdeburg wurde durch den ausströmenden Dampf schwer verletzt. Auch der Lokomotivführer Gustav Trenn erlitt dadurch Verletzungen. Trotzdem behielt er so viel Geistesgegenwart, um den Zug sofort zum Halten zu bringen. Im Abstand sprangen dann beide ab. Der verletzte Heizer ist noch in der Nacht verstorben. Der Lokomotivführer konnte nach Anlegung von Verbindungen seine Heimat aufsuchen. Der Zug wurde nach Eintreffen einer Ersatzlokomotive mit 35 Minuten Verspätung weitergeführt.

— Zwickau. Gattenmord wegen des Kindes. Der 28 Jahre alte Bergarbeiter Arnold Fohmann hat seine 30 Jahre alte Ehefrau in einem Küchenmesser erschossen. Die Eheleute S. lebten seit drei Wochen getrennt und waren kurz vor der Tat ihres Kindes wegen in Streit geraten.

— Zwickau. Schwere Autounglück in Zwickau. In der Nacht zum zweiten Feiertage ereignete sich auf der Zwickauer Straße ein schwere Verkehrsunfall. Ein mit drei Herren und zwei Damen besetzter Berliner Kraftwagen fuhr mit großer Gewalt gegen einen eisernen Leitungsmast bei elektrischen Straßenbahn. Die Anschläge trugen sämtlich derart schwere Verletzungen davon, daß sie ins Krankenhaus eingeliefert werden mußten. Lebensgefahr besteht nicht, doch sind sie zurzeit noch nicht vernunftfähig.

— Frankfurt a. M. Auto vom Juge ertrapt. Auf einem Ueberweg am Bahnhof Angelbad wurde ein Personenauto von einem Personenzug überfahren. Der Besitzer des Wagens, Künstler aus Köln, war sofort tot. Seine Ehefrau farb bei der Ueberführung ins Krankenhaus. Die

Töchter, die das Auto lenkte, erlitt leichtere Verletzungen. Nach Angabe eines Augenzeugen hat die Lokomotive vor dem Uebergang Signale gegeben, die die Fahrerin vor dem Anstoß überhört hat.

— München. Opfer der Berge. An der Kampenwand verunglückte ein Münchener Tourist tödlich. Die Leiche wurde von den Touristenführern ins Tal gebracht.

— Speyer. Die 400-Jahrfeier der Protektion. In Speyer, die eine unübersehbar Menschenmenge aus allen Teilen des evangelischen Deutschland nach Speyer geflohen hat. Auch zahlreiche Vertreter aus den Nachbarländern und höchsten Reichsbeamten von Hindenburg hat ein Telegramm gelangt, in dem er allen Festteilnehmern die herzlichsten Grüße sendet.

— Bad Geogeburg. Schwere Kraftwagenunfall auf der Hamburger Chaussee. Als auf der Hamburger Chaussee ein schwerer Kraftwagen mit Anhänger einen zweiten Kraftwagen der Reichspost überholen wollte, wurde der überhöhte Wagen von dem Anhänger ertrapt und gegen einen Baum geschleudert. Der Wagen wurde vollständig zertrümmert. Von den Insassen wurden fünf mehr oder weniger erheblich verletzt. Der Führer erlitt eine schwere Gehirnerschütterung.

— Schon wieder ein Handbierverfall. Ein Handbierverfall in der Heideburger Straße 12, ein früherer Handbierverfall. Der Täter ist der 19 Jahre alte Bankbeamter Otto Käse. Er hatte sich am Abend in der Wohnung der Handbierverfall. Als Frau Planert ihn ertrapte, schlug er sie mit einem Schraubenschlüssel nieder. Auf die Hilfe der schwerverletzten Frau eilten Passanten herbei und nahmen den Eindringler, der sich in den Keller geflüchtet hat, fest.

## Dujardin freigesprochen.

Entschädigung zugestimmt. — Starter Verdict gegen Frau Jaquet.

— Königsberg, 20. Mai.

Im Dujardin-Prozess verurteilte der Vorhänger im Namen des Volkes folgendes Urteil:

„Der Angeklagte Dujardin wird unter Aufhebung des Urteils des Schwurgerichts vom 1. November 1919 auf Kosten der Staatskasse freigesprochen.“

Dujardin ist wegen der erlittenen Haft aus dem Staatsgefängnis freigesprochen worden, weil ein begründeter Verdacht gegen ihn nicht mehr besteht.

In der Urteilsbegründung heißt es, das Gericht sei zu der Ueberzeugung gekommen, daß Frau Jaquet drin send verdränglich sei, Mittäter oder alleiniger Täter an dem Mord zu sein, worin das Gericht eine Anzahl schwerwiegender Gründe gefunden habe. Der Befund nach der Tat habe erst recht aus für den Schuldigen Dujardin. Alle Momente führten den Verdacht gegen Frau Jaquet in erhöhtem Maße. Die bei den beiden fingierten Einbruchsversuchen zurückgelassenen Wertgegenstände der Täter nur im Hause lüden. Es bestehe ein unmissiger Zusammenhang zwischen dem Täter und der Frau Jaquet. Auch das Höfchen der 30000 Mark, in dem die Gelder und Verbrüder an. Die Erklärung Frau Jaquets über die Abhebung des Geldes erhöhe den Verdacht so stark, daß er die Grundlage für die Beurteilung des Falles geben müsse. Als Grund müsse man annehmen, daß sie los wollte, um ihre ins Haus gestiftet, um ihren natürlichen Instinkt zu weckeln zu können. Weisheit habe sie auch freie Verfolgung über das Vermögen haben wollen. Es sei nicht erwiesen, daß Dujardin allein Täter oder Mitthäter gewesen sei. Die Ueberzeugung dieses Gerichtes müsse man der Zukunft überlassen. Klarheit könne nur ein Gerichtsverfahren entgegen der Seite bringen.

Dujardin nahm das Urteil ruhig an und äußerte gleichgültig Gesichts gegen Frau Jaquet blieb sowohl bei der Urteilsverkündung als auch während des ganzen Prozesses vollkommen gleichgültig.

## Geschäftliches.

Die betonte Ratung und Schloßverwalter Burt & Braun (Ausführung) in Halle, veranstaltet am 27. und 28. Mai d. J. im Hotel „Zur Burg“ inebra eine große Wirtin. Sie legt bereits Zeugnis davon ab, was in diesem wichtigen Industriezweig alles geleistet wird, um die Wünsche des Publikums zu erfüllen, die ja häufig auf Abwechslung und neue Ziele gerichtet sind. Die Fülle des Gebotenen in Schokoladen, Pralinen (lofe und in Packungen) von der einfachsten bis zu den vornehmsten Ausführungen, Bonbons und einer unübersehbaren Zahl von Spezialitäten aus den köstlichsten Produkten der Branche ist geradezu übermäßig. Die Firma Burt & Braun beweist jedenfalls durch die Mannigfaltigkeit und Schönheit ihrer Ausstellung, daß sie in jeder Beziehung auf der Höhe ist und es versteht, sich den verschiedenartigen Wünschen des Verbraucherpublikums in geschickter Weise anzupassen. Die Firma zählt zu den größten und neugeltigsten Unternehmen der Branche und beschäftigt über 1000 Arbeiter und Angestellte.

Die Musterausstellung ist von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends durchgehend geöffnet. Für den Besuch man jeden Geschäftsman, der an dem Wirtin der „Hohen Branche“ Interesse hat, nur dringenden empfehlen werden, denn sie bietet die besten günstigen Einkaufsmöglichkeiten.

Magnum Böttcher: Rings ums Jagdjahr. Erzählungen. Melams Universal-Bibliothek Nr. 6980. Gebotet 40 Pf., gebunden 80 Pf.

Einmal, die Natur wie kaum ein zweites mal und alle ihre Geschöpfe mit den Augen des Dichters blickt, nicht aus dem Wilde und dem Jäger bis in die tiefsten Falten ihres Innern. Die Jagdplü, den Kampf des Antlitzes mit dem Jaktin, die unwertigen feinen Sinne der jagdbaren Tiere, den Weib und die Scherheit schlechter Nachbarn, aber schillernd so ficher und mit so feinem Humor wie Magnum Böttcher? Man erlebt mit ihm das geheimnisvolle Räumen des Waldes in stercklichen Fernräumen, die fiebernde Erregung des Jägers, wenn er endlich das lang verfolgte Wild vor der Büchse hat.

Die mit höchster Energie geladene Erzählung von dem jungen Jäger, der den angeschossenen wuchstigen Reiter schwimmend über den See verfolgt und mit der kalten Waffe zur Strecke gebracht, gehört zu den besten der gesamten deutschen Jagdliteratur.

„Wald und Theater.“ Die illustrierte Halbmonatschrift (Verlag Metzger & Pöschel in B., Berlin Nr. 24). Preis des Heftes 50 Pf. — Das zweite Heft der Halbmonatschrift bringt eine Anzahl interessanter Beiträge. So schreibt Dieter Wassermann einen mitreißenden Aufsatz über das „Banal“ und das „Romantische“ in der Natur. Eines Heftes in die Wälder unterer Mittelgebirge gewährt ein Aufsatz „Wälderaltäre“. Eine Sammlung „Die Silhouetten der Dichtungen“, fünf Scherenschnitte von Otto Wiedemann, zeigt hohes künstlerisches Niveau. Zahlreiche Bilder und andere künstlerische Aufsätze vervollständigen das Heft.

## Börse und Handel.

**Amliche Berliner Notierungen am 21. Mai 1929.**

• **Effektenbörse.** Die Börse hatte recht feste Tendenz. Die Hauptanfrage bietet die Erwerbung, daß nach einer Einigung in Paris das Ausland keine Kreditgewährung wieder annehmen werde. Wie man hört, sollen Anträge dazu bereits jetzt zu bemerken gemein sein. Daneben wirkte sich die weitere Abschwächung der Devisenrate ebenso wie die Entlastung der Reichsbank in der zweiten Hälfte günstig aus. Wenn auch die Kurssteigerungen recht beträchtlich waren — sie gingen bis zu etwa 6 Prozent —, so war das Gefühl doch verhältnismäßig heiter; nach der Döbereinerung war im allgemeinen sehr geringfügig ganz vereinzelte Käufer hatten größere Kaufkraft, und zwar, wie es heißt, für Rechnung des Auslandes. Am stärksten trat dies in AEG-Aktien hervor, für die sich Amerika wieder interessiert haben soll.

• **Devisenbörse.** Dollar: 4,19—4,20; Belgische Franken: 58,24—58,36; Französische Franken: 16,39—16,43; Dänische Kronen: 111,79—112,01; Englische Pfunde: 20,35—20,39; Finnische Mark: 10,54—10,56; Holländische Gulden: 108,65—108,69; Niederländische Guilder: 21,06—22,00; Norwegische Kronen: 111,89—112,02; Schwedische Kronen: 112,07—112,29; Österreichische Schilling: 58,06—59,08; Schweizer Franken: 80,78—80—94; Spanische Ptasen: 59,56—59,78; Tschechische Kronen: 12,41—12,43.

• **Produktenbörse.** Weizen 219—222, Roggen 194—199, Hafer 193—198, Weizenmehl 24,25—28,50, Roggenmehl 26—27,75, Weizenklein 12—13,25, Roggenklein 13,50, Haferklein 49—50, Kleine Speiseerbsen 38—39, Futtererbsen 21—23, Weizen 25 bis 26,50, Ackerbohnen 22—24, Wicken 28—30, Lupinen (blau) 17—18, do. (gelb) 22—24, Erbsen (neu) 56—58, Rapskuchen (Basis 88 Prozent) 19—20, Reinfutten (Basis 27 Prozent) 21,80—22, Trockenrüben 12,40—13, Sojabohnen-Extraktions-Schrot (Basis 45 Prozent) 19,20—20,20, Kartoffelmehl 16,20—17,60 Reichsmark.

• **Butterpreise.** (Amliche Notierung als Erzeugerentlohn. Frucht und Gebinde gehen zu Käufers Vorteil.) 1. Qualität 164, 2. Qualität 155, abfallende Sorten 130 Rm. Tendenz: fest.

• **Kaufmutternotierungen.** Drahtseil. Roggenstroh (Quadratballen) 1,40—1,70, do. Weizenstroh 1,90—1,99, do. Haberstroh 1,65—1,85, do. Gerstenstroh 1,45—1,70, Roggen-Ganghohr (beim mit Stroh gebündelt) 1,60—1,90, bindendegetrocknetes Roggenstroh 1,55—1,80, do. Weizenstroh 1,45—1,70, Stroh 2,40—2,60, handelsübliches Heu, gelund und trocken, nicht über 30 Prozent Stroh mit mindermertigen Gräsern 3,00—4,10, gutes Heu, desgl. nicht über 10 Prozent Stroh 4,30—5,40, Melis-Heu, lose, rein, Barthe 3,50—3,75, do. Havel 2,90—3,20, vordrigger, Heu 0,40 Rm. über Notiz. (Die Preise beziehen sich als Erzeugerpreise ab märkischen Stationen, frei Waggon, für 30 Kilogramm in Reichsmark.)

## Eisenbahnunfall in Unterfranken.

**Brennender Güterzug.**

Am Pfingstmontag fuhr ein Personenzug auf dem auf der Strecke Würzburg-Süß-Heilbrunn im West auf freier Strecke abgerissenen Güterzug auf, wobei vom Personenzug die Lokomotive umstürzte und der Waggon und ein Personenzug entgleisten. Vom Güterzug entgleiteten vier Wagen und stürzten zum Teil um. Vier Güterwagen gerieten im Brand. Der Lokomotivführer des Personenzuges und ein Reisender wurden leicht verletzt. Die Trümmer des Unglücks fielen auf vorzeitige Freigabe der Strecke zurückzuführen.

### Wetterlage.

Der hohe Druck über Mitteleuropa hat sich noch verhärtet. Dies ist wahrscheinlich darauf zurückzuführen, daß sich auf dem Atlantik ein Tiefdruckgebiet neuerdings vertieft hat und jetzt die Winde anfangt. Vorläufig können wir mit dem Fortbestand des schönen Wetters rechnen.

### Vorausichtige Witterung.

Weiterhin trocken und heiter bei östlichen Winden.

# Zur Stadtverordnetenwahl am Sonntag, den 26. Mai

wählen wir die Liste **B** — „Bürgerblock“ mit den Namen:

**Grob — May — Meitz — Reinhardt usw.**



### Öffentliche Steuermahnung.

Die am 15. ds. Mts. für den Monat Mai 1929 fällig gewordenen Steuern und zwar: Grund-, Kommunal- und Hauszinssteuern sind binnen drei Tagen an die Stadtsteuerkasse zu entrichten.

Eine Verhängung von Mahnzetteln findet nicht statt. Bei Nichtzahlung wird der entstandene Schuldbetrag gegebenenfalls im Wege der Zwangsvollstreckung eingezogen werden. Nebra a. U., den 22. Mai 1929.

Wird veröffentlicht. Die Stadtsteuerkasse. Der Magistrat.

Die Pächter der städtischen Bänderereien werden hiermit aufgefordert, die am 1. Mai 1929 fällig gewesene 1. Rate auf die Pacht innerhalb 8 Tagen an die unterzeichnete Kasse zu zahlen. Nebra a. U., den 22. Mai 1929.

Wird veröffentlicht. Die Stadtkasse. Der Magistrat.

Neu von A—Z

## Der Große Brockhaus

Handbuch des Wissens in 20 Bänden

Das größte volkstümliche Nachschlagewerk der Gegenwart mit über 200 000 Stichwörtern auf etwa 15 000 Seiten, über 1750 Abbildungen sowie 210 Karten u. Pläne.

**Wollen Sie**  
Ihr altes Lexikon in Zahlung geben?

**Wollen Sie**  
die durch das bandweise Erscheinen bedingten günstigen Ratenzahlungen ausnutzen?  
Dann ist jetzt die richtige Zeit

**Band I und II bisher erschienen**

Näheres über die vorteilhaften Bezugsbedingungen bei Ihrem Buchhändler. — Reichbilderte Brockhaus „Der Große Brockhaus neu von A—Z“ für Interessenten kostenlos und unverbindlich.

**F.A. BROCKHAUS / LEIPZIG**

## Der oberschlesische Wanderer

Verlag: Gleiwitz, gegründet 1928

Bei weitem verbreitetste Tageszeitung Oberschlesiens  
Erfolgreichstes Anzeigenblatt

25 Jahre KOSMOS  
25 Jahre Fortschritt!

Sind Sie schon Mitglied?  
Sie erhalten jährlich:  
12 Monatshefte  
4 Bücher  
Preisvergünstigungen  
Auskunft  
Vierteljahresbeitrag nur RM 2.—

KOSMOS, Gesellschaft der Naturfreunde, STUTTGART  
Anmeldungen nimmt jede Buchhandlung an.

Nachdem Sie alle

## Möbel-Angebote

geprüft haben, fällt Ihnen der Kaufabschluss Ihrer Möbel bei mir nicht schwer. — Sie finden die neuesten Modelle in reicher Auswahl zu erstaunlich niedrigen Preisen

Möbel-Fabrik von

## Edmund Meckert

### Naumburg

Gr. Wenzelsstrasse 39 Gr. Wenzelsstrasse 39

♦ Spargel

zu haben bei

**Herrn Köllig,**  
Obst- und Gemüsehandlung.

NB.: Bestellungen auf Spargel zum Einmachen werden entgegen genommen.

„Original-Coburgia“  
die beste Balsalmdine der Welt.  
Berlangen Sie unverbindlichen Versuchsausschnitt.  
Generalvertreter  
**Otto Hoffmann,**  
Reichshandlung,  
Luepfert, Telefon 543.

## Bildfunk....

Wie lange wird es noch dauern, bis in jedem Heim / wie heute ein Radio-Empfänger / auch der Bildfunk-Apparat steht, der durch den Bild-Übertragung erst die technische Vervollendung des Rundfunks bringt? Über alle Fortschritte auf diesem Gebiet wie auch über viele andere interessante Dinge erzählt (jedem verständlich) die größte Funkzeitschrift Der Deutsche Rundfunk, der überdies allwöchentlich sämtliche ausführlichen Programme aller in- und ausländischen Sender bringt.

Heft 50 Pf. / Monatsbezug RM 2.— / Man bestellst am besten beim Postamt oder bei einer Buchhandlung. / Probestift gern umsonst vom Deutschen Rundfunk, Berlin N 24

## Ein Arzt

Das als erster **Reinhardt's Heilkunde für Alles** und fand in ihr so hohe Werte und Schönheiten, daß sie großen Nutzen stiften würde. Schon wenn man die Einleitung liest, weiß man: dieses Werk ist überragend, würdig der Ehre, ein Volksbuch zu werden! Ein stattlicher Band, 928 Seiten Lexikonformat, 475 Bilder, ineltes gedruckt, vornehm in Ganzleinen geb. 30 Mark. Teilzahlungen. Illustrierte Prospekte mit Lese- und Bildproben in den Buchhandlungen oder durch den

VERLAG HERDER, FREIBURG IM BREISGAU

Ohne Reklame kein Geschäft!

## Leipziger Neueste Nachrichten

Größte, bedeutendste einflussreichste, reichste, reichhaltigste, engagierteste, ganz Mitteldeutschlands Tages- und Ausgabe über 180.000

Verlag Edgar-Sperrhuth & Co. Leipzig, C. I. Peterssteinweg 19

## Einwohner von Nebra!

Wer Interesse daran hat, daß im neuen Stadtparlament eine Kommunalpolitik auf gesunder fortschrittlicher Grundlage getrieben werden soll, der



**wählt am Sonntag, den 26. Mai die Liste No. 2 — „Freie Arbeiterliste“.**

# Nebrauer Anzeiger

Ämtliches Blatt des Magistrats, der Polizeiverwaltung und des Amtsgerichts der Stadt Nebra

Erscheint wöchentlich dreimal: Dienstag, Donnerstag und Sonntag mit den illustrierten Wochenbeilagen: „Das Leben im Bild“ und „Das Leben im Wort“

Bezugspreis für einen Monat: Bei der Geschäftsstelle und den Postämtern 1.10 Mk.

Schriftleitung: Wihl. Sauer in Koblentz.  
Druck, Verlag und Briefadresse: Sauerische Buchdruckerei, Koblentz.  
Geschäftsstelle in Nebra: Frau Kaufmann Weis, Markt 24/25.  
Fernsprecher: Amt Koblentz Nr. 21. — Postfachkonto: Leipzig Nr. 22832

Anzeigen kosten: die 43 mm breite Millimeterzeile 0 Pf., die 90 mm breite Millimeterzeile im Reflektiert 20 Pf. Anzeigenannahme an Drucktagen bis 12 Uhr mittags.

Bankkonten: Stadtpostkassa Nebra — Bankverein Atern.

Nr 60

Donnerstag, den 23. Mai 1929

42. Jahrgang

## Das letzte Stadium.

Die Verhandlungen der Gläubiger. — Fingierstellen deutscher Sachverständiger. — Um das Transferratorium.

Die Gläubiger haben ihre Verhandlungen über die deutschen Vorbehalte und den Schlussberichts-Entwurf auch am Sonnabend noch fortgesetzt. Während der Feiertage befanden sich Geheimrat Kaill in Berlin, der Sachverständige Melchior in Hamburg und Dr. Bögl in Dortmund. Sie lehnen aber jetzt unerschütterlich wieder zurück, da man annimmt, daß die Gläubiger bereits im Laufe des heutigen Tages die Entscheidung darüber fällen wollen, ob sie den bisherigen Konferenzergebnissen zustimmen wollen oder nicht.

In der französischen Presse wird über die letzten Gläubiger-Versprechungen ausgeführt, daß diese hauptsächlich der deutschen Moratoriumsfrage gelten. Man würde nach einem Weg, wie im Falle eines Deutschland zugestandenen Transferratoriums diejenigen Staaten, die auf die ungeschützten Teile der deutschen Jahreszahlungen Anspruch hätten, also auch diejenigen, die auf alle Fälle in ausländischen Devisen zahlbar seien, denjenigen Staaten anzugleichen wären, die auf die geschützten Jahreszahlungen Anspruch hätten und keine Devisen, sondern Markt erhalten würden. Man scheint nun ein Spielchen ins Auge gefaßt zu haben, wonach die Staaten, die zum großen Teil ausländische Devisen erhalten, die Verpflichtung eingehen sollten, einen Teil der Devisen der internationalen Bank zuzuführen, damit die anderen Staaten ihre Marktbeträge gegen Devisen eintauschen können.

Der „Matin“ verzeichnet als Meinung eines Sachverständigen, daß man heute abend wissen werde, ob die Konferenz mit einem Bruch oder einer Einigung ende. Wenn die Verhandlung möglich sei, würden die Arbeiten noch etwa zehn Tage in Anspruch nehmen. Als eine weitere Schwierigkeit bezeichnet das Blatt die von Dr. Schacht aufgeworfene Frage der Nachfolgenden Österreich-Ungarns, die etwas mehr als 100 Millionen Markt jährlich schulden sollten, auf die man durch ein Transferratorium einen Disfond der letzten America gelieferten 21 Jahreszahlungen einführen könne. Auf diese Weise würden die deutschen Jahreszahlungen auf höchstens 87 Jahre anfallen bei 55 Jahre festsetzen.

### Kampf um die Verteilung dauert fort.

London, 21. Mai.

In einem Pariser Bericht der „Times“ wird erneut auf die Schwierigkeiten der Verteilungsfrage, die auch in den Fingierverhandlungen der Sachverständigen nicht beseitigt werden konnten, hingewiesen, wobei von einer Jahreszahlung von 2050 Millionen als einer letzten Zahl ausgegangen wird.

Zu den deutschen Vorbehalten den alliierten Gegenwärtigen erwartet, die die von Deutschland aufgeworfene Frage der Reparationsleistungen Deutscher Reichs und Ungarns zusammen mit den Befreiungszahlungen Polens und der Nachfolgenden ablehnen werden, während in den anderen umstrittenen Punkten der zeitweiligen Unterbrechung der deutschen Zahlungen wie der Transferratur im Falle wirtschaftlicher Schwierigkeiten die Verhandlungsgrundlage weniger gespannt ist.

### Die Alliierten sind sich wieder einig.

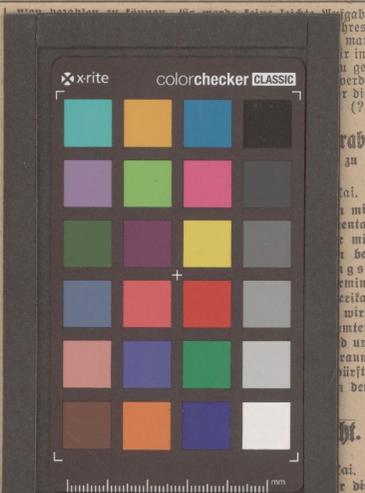
Paris, 22. Mai.

Die Verhandlungen der alliierten Sachverständigen untereinander sind so weit vorgeschritten, daß ein gemeinsamer Gegenwärtiger ausgearbeitet werden kann, der den deutschen Vorbehalten entgegengekehrt werden soll. In den Gläubigerkreisen äußert man sich optimistisch und glaubt an das nahe bevorstehende Ende der Konferenz. Wenn sich aber die bisherigen Mitteilungen über die zwischen Gläubigern zustande gekommene Einigung bestätigen sollte, läßt sich der Abschluß der Konferenz noch nicht absehen.

Die durchschnittliche Ziffer soll zwar auf Grund des Vorschlags des Kommissions, dem Dr. Schacht beizustimmen, auf 2050 Millionen jährlich besetzt bleiben, doch soll Deutschland von 37. bis 58. Jahre ab weiterzahlen. Gerade dies aber hatte Dr. Schacht abgelehnt und dafür vorgeschlagen, daß die Zahlungen für die letzten 21 Jahre aus den Gewinnen der Reparationsbank und den Befreiungsgeldern der neu geschaffenen Staaten bestritten werden sollten. Die Spannung hält demnach auch jetzt noch an.

### Die optimistische Pariser Presse.

Die Pariser Presse äußert sich wieder sehr optimistisch und betont, man könne jetzt auch mit der Beibehaltung der Beratungen über die Verteilung der deutschen Zahlungen rechnen. In dieser Frage hätten sich die Möglichkeiten nicht geändert. Frankreich müsse in der Lage sein, 50 Milliarden Franken zu mobilisieren, Belgien müsse entschädigt werden für 25 Milliarden Franken deutscher Befreiungsgelder. Der italienische Prozentfuß müsse möglichst erhöht werden. England müsse genügend erhalten, um die Anteile der Domini-



Die Verhandlung, ein Memorandum der 25 Expertenvereinigungen, führt den Titel: „Bemerkungen der deutschen Regierung zur Frage der Garantie des Völkerbundes für die Bestimmungen zum Schutze der Minderheiten.“ Bekanntlich ist die deutsche Auffassung von deutschen Außenminister Dr. Stresemann bereits in der Märztagung des Völkerbundes dargestellt worden. Danach sollte man die bisherige Behandlung des Minderheitenproblems rückwärts überprüfen und einschätzen, ob es angebracht ist, in der einen oder anderen Beziehung neue Beschlüsse zu fassen. In diesem Sinne hat der deutsche Vertreter die bisherige Praxis des Völkerbundes und ihre Ergebnisse einer kritischen Betrachtung unterzogen und ist dabei zu folgenden Schlussfolgerungen gelangt: Es sei einmal erforderlich, sorgfältig die Möglichkeiten durchzuprüfen, die für eine Verbesserung des formalen Verfahrens bei der Behandlung von Petitionen der Minderheiten gegeben sind. Dabei müsse insbesondere in Aussicht genommen werden, die bisher bei der Vorprüfung solcher Petitionen geübte Ausschaltung gewisser Nationen durch ihre Vertretung zu erlösen. Es müsse ferner geprüft werden, in welcher Weise der Völkerbund seiner Garantieverpflichtung nachzukommen vermag, und ob die Petitionen zu genügender Aufklärung des Sachverhalts und der Petitionen zu genügender Aufklärung der Sachverhalte, wie der Sinn und die Tragweite der Garantieverpflichtung des Völkerbundes zu verstehen ist.

Diese vier Grundthesen werden in der Denkschrift der Reichsregierung eingehend begründet und erklärt. Wie die Denkschrift selbst feststellt, verfolgt die Denkschrift den Zweck, unter Berücksichtigung der von anderer Seite in der Märztagung des Völkerbundes abgegebenen Erklärungen diese Grundthesen „zu erläutern und zu ergänzen.“ Der Bericht des Dreierausschusses für die Minderheiten.

Genf, 22. Mai.

Der Bericht des Dreierausschusses des Völkerbundes für die Minderheiten (Chamberlain, Duros de Leon, Adachi), der auf der Londoner Sitzung Anfang Mai angeordnet worden war, ist jetzt fast täglich 14 Mitglieder des Völkerbundes in ihrer Eigenschaft als Mitglieder des Sonderausschusses des Rates für die Minderheitenfragen überhandt worden. Der Bericht stellt ein umfangreiches Dokument dar, dem alle 16 Denkschriften der einzelnen Regierungen angehängt sind. Unter diesen befindet sich auch die eben veröffentlichte Denkschrift der Reichsregierung.

Es ist hierzu festzustellen, daß der Bericht sich die grundsätzliche deutsche Auffassung von den Minderheitenrechten des Völkerbundes nicht zu eigen gemacht hat, sondern die laßlichen deutschen Vorschläge, insbesondere den Antrag auf Einsetzung eines Studienausschusses zur Prüfung des Gedankens einer künftigen Minderheitenkommission in dem Völkerbund, mit einer kurzen Begründung grundsätzlich ablehnt. Der Dreierausschuss hat sich, wie zu erwarten war, eindeutig auf den Standpunkt der minderheitenspezifischen Regierungen gestellt.

Die Vorschläge in dem Bericht lauten auf lediglich geringfügige rein formale Änderungen des bisherigen Selbstverpflichtungs hinaus, ohne daß zu dem bisherigen völlig ungenügenden und schädigenden Verfahren irgendwelche einschneidenden Veränderungen vorgeschlagen werden. Die Befürchtungen, die bereits auf der Märztagung des Völkerbundes hinsichtlich der deutschen Zustimmung

zur Einführung des Dreierausschusses bestanden, haben sich als voll begründet erweisen. Der Dreierausschuss hat, wie es nach seiner Zusammensetzung nicht anders zu erwarten war, mit seinem Bericht zunächst eine Grundlage für die Arbeiten geschaffen, die in der nächsten Sitzung der deutschen Auffassung steht.

Die 14 Mitglieder des Völkerbundes treten am 6. Juni in Madrid als Sonderausschuss für die Minderheitenfrage zusammen, um auf der Grundlage des Berichtes des Dreierausschusses und der 16 Denkschriften der Regierungen Stellung zu nehmen.

## Eine neue Rede Poincares.

„Wir haben nicht das Recht zu vergessen.“

Genève, 21. Mai.

Bei der Einweihung des Denkmals für die im Kriege gefallenen Soldaten im Fort Donnont bei Verdun hielt Ministerpräsident Poincaré eine längere Ansprache, in der er auf die Verantwortlichkeit am Westrieges und auf die Sachverständigenbeziehungen zu sprechen kam.

Gründend betonte er, daß die französische Regierung und das französische Volk 1914 ernstlich den Frieden gewünscht und alles getan hätten, um ihn zu erhalten. Frankreichs Gegner hätten sich jedoch nicht darauf beschränkt, den Krieg zu erklären, sondern sie hätten auch ein unzulässiges Verbrechen dadurch begangen, daß sie die Belgische Neutralität verletzten. Selbst unter der Annahme, daß entgegen den öffentlichen Tatsachen, die kaiserlichen Regierungen von Mitteleuropa nicht freiwillig die Initiative ergriffen hätten, so würden sie nichtbedeutender noch durch ihren Gewaltstreik gegen Belgien und durch die Belgien und Frankreich angelegten unüberhörbaren Schanden haben Staaten eine Wiederherstellung der Neutralität. Daher seien viele vernünftige Deutsche der Auffassung, daß Frankreich und Belgien ein Recht auf Wiedergutmachung hätten.

Eine gerechte Wiedergutmachung würde Frankreich alle diejenigen Summen zurückerstatten, die zum Wiederaufbau der zerstörten Gebiete und zur Zahlung der Pensionen der Invaliden und Militärdiener des Krieges nötig seien. „Bereits seit längerer Zeit,“ so fuhr Poincaré weiter fort, „haben wir die Hoffnung auf eine so günstige Regelung ausgehen müssen. Es sind keineswegs die französischen Sachverständigen, die die gegenwärtigen Vorschläge in Paris hingeworfen und die Lösung der Aufgaben erschwert haben. Sie lehnten es nur ab, den Damesplan gegen einen schlechteren einzutauschen. Zur Stunde weiß ich noch nicht, in welchem Umfange ihre gerechten Forderungen werden erfüllt werden. Die französische Regierung kann sich ihre Auffassung erst an dem Tage erlauben, an dem sie einen abschließenden Bericht erhält. Dann wird sie die ihr unterbreiteten Vorschläge prüfen und sich entscheiden. Wir haben nicht das Recht, die Zahl der Toten zu vergessen, die wir gemeinsam beweihe. Heute wie gestern, und gestern wie heute sind es unsere Toten, unsere Verwundeten und unsere unglückliche Bevölkerung, die die besten Garantien für die Besten Frankreichs sind.“

## Zwangsaufenthalt für Preibischewitsch.

Die Titular in Süßlawien.

Belgrad, 21. Mai.

Dem Führer der ehemaligen Unabhängigen Demokratischen Partei, Preibischewitsch, der trotz der Warnung der Agrarier Polizei nach Belgrad gebracht war, ist von der Polizei in Belgrad mitgeteilt worden, daß er als Inhaftierter die Dohitschit Bus bei Krupowatz zu gewiesenen erhalten habe. Diese Maßnahme wird mit seinem angeblich gefährlichem Verhalten begründet.

Preibischewitsch hat sich bereits mit seiner Tochter und einem seiner Freunde nach Bus begeben. Die Maßnahme der Belgrader Polizei gegen Preibischewitsch hat in Belgrad großes Aufsehen erregt und auch zu einer Reihe von Gerüchten Anlaß gegeben.

Seitdem der süßlawische König das Parlament nach Banja geleitet und die Macht im Staat in seiner Hand allein vereinigt hat, ist eine gewisse Zeit verfloßen. In der letzten damaligen Ministerkrise brachte er zum Ausdruck, daß er den Gegensatz zwischen Kroaten und Serben überbrücken wolle. Die Erklärung rief in Agrar große Begeisterung hervor, weil man hoffte, daß jetzt endlich auch die Kroaten zu ihrem Recht kämen. Aber es scheint dem König nicht gelingen zu sein, die Gegensätze zwischen den beiden Volksstämmen zu veräußern. Die Verhaftung Preibischewitsch zeigt vielmehr, daß er zu den gleichen Unterdrückungsmethoden greift, wogegen Raditsch Sturm gelaufen hatte und wobei dieser Führer der Kroaten den Todesstich im Parlament erlitten mußte.

## Esländisch-russischer Handelsvertrag.

Grundlag der Meißbegünstigung.

Kopenhagen, 20. Mai.

Der esländisch-russische Handelsvertrag ist durch den esländischen Außenminister Rantzsch und den russischen Staatsminister unterzeichnet worden.

Der Vertrag ist auf die Dauer von 3 Jahren abgeschlossen und gliedert sich in 25 Artikel, in denen die Handelsbeziehungen zwischen Esland und Rußland nach dem Grundgeden der gewöhnlichen Meißbegünstigung ge-